

BÖHMEN UND DIE DEUTSCHBÖHMISCHE FRAGE IN DER ERSTEN PHASE DER HERAUSBILDUNG DES TSCHECHISCHEN NATIONALSTAATES IM JAHRE 1918

Nach Berichten der Sächsischen Gesandtschaft in Wien*

Von Alfred Opitz

Das für die folgenden Darlegungen herangezogene Quellenmaterial hat in der Form genau überprüfter Abschriften aus Archivablagerungen der ehemaligen sächsischen Staatregierung zu Dresden dem Bearbeiter vorgelegen. Es handelt sich hierbei um Berichte zur allgemeinen politischen und sonstige offiziell interessierenden Lage, die von der in Wien sitzenden sächsischen Gesandtschaft nach Dresden gegeben wurden zu dem Zweck, die sächsische Regierung über Vorgänge und Probleme im österreichisch-ungarischen Bereich und darüber hinaus im europäischen Südosten zu informieren. So gelangte neben den Informationen und Ratschlägen, welche der Botschafter des Deutschen Reiches von Wien nach Berlin sandte, noch weiteres wichtiges Berichtsmaterial von eben dort über die deutsche Grenze. Dasselbe bewirkte übrigens auch eine in Wien ansässige bayerische Gesandtschaft, die ihre Berichte nach München gab, und umgekehrt unterhielt Österreich-Ungarn außer in Berlin auch in München und Dresden je eine eigne diplomatische Vertretung.

Diese von den hoheitsrechtlichen Verfassungsprinzipien des Deutschen Reiches abweichenden Sonderregelungen hatten die Gliedstaaten Bayern und Sachsen auf Grund ihrer besonders traditionsreichen und engen nachbarschaftlichen Beziehungen zum habsburgischen Kaiserreich und den ihre Grenzen säumenden österreichischen Ländern sich nach der Reichsgründung von 1871 als ausnahmsweise Zugeständnisse ausbedingen können, während ja sonst im allgemeinen die außenpolitische Selbständigkeit der Gliedstaaten dem Aufbau der zentralen Reichsgewalt geopfert worden war.

Die in Wien fortbestehenden deutschen Nebengesandtschaften — wenn man die sächsische und die bayerische Vertretung dort so nennen will — hatten trotz eingeschränkter außenpolitischer Zuständigkeitsrechte noch immer eine Menge zu tun. Neben den traditionellen höfisch-dynastischen Angelegenheiten gab es da mancherlei im zivilen und öffentlichen Rechtsverkehr, im Handels- und Gewerbeswesen, in verkehrsorganisatorischen und kulturellen Fragen hin und her zu besorgen. Das industriereiche Sachsen zumal hatte zur aufblühenden Industrie des nordböhmischen Raumes im Zeitalter des sich verdichtenden Bahn- und Schiffsverkehrs enge Beziehungen entwickelt, dies besonders im Bereich des Kohlebergbaus und der Textilfertigung.

So spielten denn auch in der Berichterstattung, die von Wien nach Dresden ge-

* Vortrag, der am 10. Februar 1976 im Collegium Carolinum gehalten wurde.

langte, die böhmischen Angelegenheiten neben den im engeren Sinn österreichischen und ungarischen Belangen eine besondere Rolle. Die politischen Spannungen und Krisenzustände, die zumal in den späteren Jahren des Ersten Weltkrieges sich in dem Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn zunehmend bemerkbar machten, lenkten dabei die Aufmerksamkeit des in Wien amtierenden sächsischen Gesandten naturgemäß in wachsendem Maße auf die Sachsen benachbarten böhmischen Gebiete und ihre besonderen Probleme.

Leiter der sächsischen Gesandtschaft und in der Regel auch Verfasser der nach Dresden abgehenden Berichte war seit dem Spätsommer 1916 Alfred von Nostitz, der bis dahin Amtshauptmann in der sächsischen Verwaltung gewesen war und seiner Haltung nach etwa zu den liberal gefärbten Konservativen jener Epoche zu rechnen ist. Seine Art zu berichten ging weit über den sonst üblichen trockenen und horizontal meist eng begrenzten Stil amtlicher Behörden hinaus. Das dramatische Geschehen in der militärischen und politischen Gesamtentwicklung jener Jahre gab ihm, dem Ehemann der schriftstellerisch berühmt gewordenen Helene von Nostitz, zunehmend Anlaß zu umsichtig wägenden, hier und da auch sehr persönlich geprägten Kommentaren und Lageschilderungen. Seine Gespräche mit hervorragenden Persönlichkeiten des Wiener Hof- und Regierungsbereichs, mit Partei- und Wirtschaftsführern, Diplomaten und Journalisten aus aller Welt, Gespräche, deren Inhalte meist direkt in die nach Dresden abgehenden Berichte einflossen, stellen dabei besonders beachtenswerte Fundamente dar.

Nostitz zeichnet als Verfasser unserer Berichte bis in den späteren Oktober 1918 hinein. Dann wurde er infolge der auch in Dresden einsetzenden Regierungskrise von Wien zurückgerufen und sein Stellvertreter, der Legationsrat Dr. Benndorf, übernahm Gesandtschaftsleitung und Berichterstattung, um beides in kaum verminderter Intensität und Vielseitigkeit bis zur Liquidation dieser sächsischen Außenstelle gegen Ende des Jahres 1919 fortzuführen.

Die von Nostitz und seinem Nachfolger hinterlassenen Berichtsakten, die dem Umfang nach — ohne Einbeziehung häufig beigegebener Anlagen und Belegstücke wie z. B. Zeitungsteilen, Broschüren, Kopien und Denkschriften usw. — über ein-tausend Seiten füllen, gehören ohne Zweifel zum Besten, was im Bereich diplomatischen Schriftverkehrs in den entscheidungsvollen Jahren 1917/19 erzeugt worden ist. Auch wenn man bei kritisierender Beleuchtung dieser ganzen Quellengattung sagen muß, daß da immer einige Mängel und Schwächen in Abzug zu bringen sind, wie sie z. B. auftreten, wenn eilig zusammengetragene Pressemeldungen und auf Stichhaltigkeit nicht durchweg geprüfte Notizen in rascher Folge weiterge-reicht werden, so bleibt doch der für die Forschung hohe Gebrauchswert solchen Schriftmaterials — dies gilt auch für den hier vorliegenden Fall — im großen und ganzen unangefochten. Das den folgenden Ausführungen zugrunde gelegte Material bietet auch bei nüchterner Betrachtung seiner Eigenarten gute Möglichkeiten für die Abrundung unseres Wissens um mancherlei noch wenig erhellte Einzelheiten innerhalb des großen Umsetzungsprozesses von 1917/19, seiner Herkunft und der ganzen regionalen Interessenlage nach tut es dies in besonderem Maß für den Teilkomplex, der sich auf Böhmen und seine Probleme in eben diesen Jahren erstreckt.

* * *

Ehe nun im einzelnen festzustellen ist, was die Berichte aus dem Jahre 1917 und besonders 1918 zur politischen Entwicklung in Böhmen bringen, ist es wohl von Nutzen, einige bestimmende Merkmale dieser Situation kurz in Erinnerung zu bringen.

Das Nationalbewußtsein der zum österreichisch-ungarischen Reichsverband gehörenden west- und südslawischen Völker, so auch besonders das der Tschechen, hatte bekanntlich im Laufe der Kriegsjahre eine Steigerung erfahren, wie dies in der Zeit vor 1914 bei allen schon damals umgehenden Bestrebungen zur Erlangung gewisser Selbständigkeitsrechte kaum vorstellbar war. Die kriegsbedingten Notzustände, zumal im Ernährungsbereich, ebenso die persönlichen Ärger und Unzufriedenheit mit sich bringenden Zwangsverpflichtungen zum Dienst in der kaiserlichen Armee und mancherlei Übergriffe und Schikanen unterer Polizei- und Verwaltungsorgane gegen die einfache Zivilbevölkerung, all dies floß zusammen und bewirkte mit der zunehmenden Zahl der Kriegsjahre ein starkes Anwachsen oppositioneller Strömungen. Dies gilt in besonderem Maße für die Tschechen, deren zum Teil in der Illegalität, zum Teil im tschechenfreundlichen Ausland agierende politische Führer mit ihren Aufrufen und Programmen zunehmend günstigen Widerhall in den breiteren Volksmassen fanden. Als im Laufe des Jahres 1917 allmählich zu erkennen war, daß der junge Thronfolger in Wien, eingebunden in die Verträge mit dem immer mehr von seinen militärischen Machthabern gelenkten Deutschen Reich, Österreich-Ungarn kaum aus den Verkettungen in das Weltkriegsgeschehen würde lösen können, und als noch dazu der revolutionäre russische Februar und erst recht der Oktober weit nach Mitteleuropa hinein ihre Wirkungen ausstrahlten und den nach Frieden und Freiheit suchenden Völkern neue Impulse brachten, da schlugen auch im tschechischen Böhmen die Wogen der Autonomiebewegung immer höher. Die Stimmen der Vorsichtigen und Maßvollen, die sich mit gewissen Teilselbständigkeiten innerhalb eines von Grund auf zu reformierenden habsburgischen Reichsverbandes begnügen wollten, wurden nun über-tönt von den Vollautonomisten, die die absolute Loslösung von Österreich forder-ten.

Die Deutschen im Bereich der Monarchie und mit ihnen die Deutschböhmen waren solcher Aktivität gegenüber in eine passive Rolle gedrängt. Zwar versuchten die staatlichen Organe teils in offener teils versteckter Form die mächtig aufsteigende Bewegung einzudämmen, so gut die kriegsbedingt zugespitzte Situation es überhaupt noch zuließ, mehr als schwache und nur vorübergehende Randwirkungen gingen von diesen Bemühungen aber nicht aus. Mit der entscheidenden Wende an den Kriegsfrenten seit September 1918 wurde jeder Gegenwirkungs-versuch von vornherein unrealistisch. In wenigen Wochen vollzog sich das Unab-wendbare. Aus der mächtigen tschechischen Bewegung, die nun in ganzer Breite und Tiefe ins Licht der Geschichte trat, formte sich bis Ende Oktober — als Pro-visorium zunächst — mit dem Zentrum Prag ein neuer Nationalstaat.

Weder die Verfassung noch die äußeren Grenzen dieses neuen Gebildes waren zu diesem Zeitpunkt geklärt. Zwar sollten gemäß Masaryks Bemühungen in den Vereinigten Staaten von Amerika sobald als möglich die Slowaken als eine Art zweites Staatsvolk in den neuen Staat aufgenommen werden, was aber mit den

über drei Millionen Deutschböhmen geschehen sollte, darüber gingen die Meinungen sowohl auf tschechischer wie auf deutscher Seite in schwankendem Hin und Her auseinander. Wohl konstituierte sich — parallel zu den Vorgängen in Prag — Ende Oktober eine provisorische deutschböhmisches Regierung mit Sitz in Reichenberg. Doch stand dieser Versuch von vornherein auf schwachen Füßen. Einmal stellten sich nicht alle Deutschböhmen hinter dieses Gremium, z. B. liebäugelten viele Industrielle mit den wirtschaftlich vermutlich besseren Chancen, die die Zugehörigkeit zum tschechischen Staat künftig bringen würde, zum anderen blieb Hilfe von außen so gut wie ganz aus, denn das Deutsche Reich geriet zu diesem Zeitpunkt in die gesteigerte, den Blick nach außen schwächende Existenzkrise und von Deutschösterreich her kam infolge der komplizierten verkehrsgeographischen Verhältnisse nur wenig am Zielpunkt an, was als Unterstützung für Deutschböhmen gedacht war. Ein aussichtsreicher militärischer Widerstand gegen die im November leise und vorsichtig beginnende, seit Dezember dann entschiedener und vollständiger vollzogene tschechische Durchdringung Deutschböhmens war so nicht möglich. Bereits vor der Jahreswende 1918/19 zeichneten sich die Wege, die zur vollen, international anerkannten Annexion Deutschböhmens an den neuen tschechischen Staat führen sollten, deutlich in der politischen Landschaft ab.

Nehmen wir nun die Berichte des von Wien aus beobachtenden sächsischen Gesandten vor, so ist zunächst allgemein zu sagen, daß das soeben kurz skizzierte Bild von dem anhebenden politischen Umsetzungsprozeß darin nur streckenweise mit allen Zusammenhängen und Bedeutsamkeiten klarer in Erscheinung tritt. Bis zum September 1918 sind, verglichen mit der dann, seit Anfang Oktober, einsetzenden dichten Folge von ausführlich mit der Entwicklung in Böhmen sich befassenden Berichten, nur in weiten Abständen liegende, seltener einmal ausführlich werdende Bemerkungen zu den böhmischen Fragen zu finden. Man kann daraus schließen, daß vor dem Oktober 1918 das sich im Untergrund bzw. Hintergrund anbahnende Geschehen um die tschechische Sache im offiziellen Bereich nicht voll erkannt und in seiner Bedeutung hinsichtlich dessen, was da immer bedrohlicher auf das bestehende System zukam, doch wohl um einiges unterschätzt wurde. Das gilt zumindest für das Jahr 1917. Dann, im Übergang zu 1918, mehrten sich die Zeichen, daß man etwas von den heraufziehenden elementaren Veränderungen im alten habsburgischen Reich zu ahnen beginnt. Dies spiegelt sich auch in unseren Berichten.

Im Laufe des Jahres 1917 hören wir vorerst nur in kurzen Sätzen oder kleineren Abschnitten etwas zur Lage im böhmischen Bereich. So wird z. B. im Rahmen eines die inneren politischen Verhältnisse der ganzen Monarchie ausführlich behandelnden Berichts vom 30. April vermerkt, daß „seit der russischen Revolution die unteren Schichten der slawischen Bevölkerung größtenteils zum politischen Radikalismus neigen“, und weiter, am 5. Mai, heißt es, daß eben diese Volksmassen „den annexionslosen Frieden mit Rußland stürmisch fordern“. Im übrigen ist aber mehr von ernährungswirtschaftlichen Notzuständen in verschiedenen böhmischen und mährischen Industrie- und Bergbaugebieten und davon herrührenden Demonstrationen, Streiks und z. T. blutig verlaufenden Gegenaktionen der Poli-

zei bzw. des Militärs die Rede. Direkt politische Fragen klingen in den Sommermonaten wiederum nur kurz oder in recht allgemein gehaltener Form an, so im Zusammenhang mit den politischen Strafprozessen gegen mehrere führende Tschechen und einem damals aufsehenerregenden Amnestie-Erlaß Kaiser Karls für politische Vergehen sowie einmal eingehender in einer denkschriftartigen Aufzeichnung aus der reichsdeutschen Botschaft in Wien, die abschriftlich nach Dresden weitergereicht wird und in der die nationalen Bestrebungen der Slawen in Österreich-Ungarn, entsprechend auch die der Tschechen, übersichtsartig beleuchtet werden (Vgl. Ber. 11. 7. und mehrere Ber. Aug. 17).

Besonders belebend scheint dann der russische Oktober auf die politischen Bewegungen der slawischen Völker Österreich-Ungarns gewirkt zu haben. Unsere Berichte zeigen davon mancherlei Spuren. Insbesondere fällt darin auf, daß gegen Ende des Jahres 1917 die politische Aktivität der Tschechen einschließlich ihrer Abgeordneten im Wiener Reichsrat sich in radikalen Auftritten entlud, die von nun an auch auf parlamentarischer Ebene keine Seltenheit blieben. (Vgl. Ber. 4. 12. und besonders 15. 12., wo u. a. vom „Toben slawischer Leidenschaft“ innerhalb einer Reichsratssitzung die Rede ist und es resigniert heißt: „das heutige Österreich befindet sich in einer pulverfaßähnlichen Verfassung“.)

Das Jahr 1918 begann in Wien bekanntlich mit einem gut organisierten und weit ausgreifenden Generalstreik der Arbeiterbevölkerung, der mehr noch von der außenpolitischen Lage als von den anhaltend notvollen wirtschaftlichen Zuständen seinen Ausgang nahm. Die Volksmassen wollten Druck auf die österreichische Verhandlungsführung in Brest-Litowsk ausüben, damit die dort sich zeigenden Friedensmöglichkeiten wohl genutzt und vor Gefährdung durch expansionistischen Starrsinn auf reichsdeutscher Seite bewahrt blieben. Die Berichte des sächs. Gesandten vom Januar 1918 spiegeln eindrucksvoll Verlauf und Auswirkungen der großen Streikbewegung.

Von Böhmen hört man Näheres erst gegen Ende Januar. Da geht es um die sog. ‚Prager Resolution‘, eine Art Kampfmanifest der tschechischen politischen Führung von Anfang Januar, das zensurbehördlich verboten war, aber dennoch illegal zirkulierte. Dieses von bitteren Klagen über vorenthaltene „staatsrechtliche Selbständigkeit“, über „die deutsche Minderheit“ begünstigende Wahlmanipulationen, aber auch über die allgemeine Entrechtung der Slowaken erfüllte Dokument der tschechischen Bewegung hatte allen Anzeichen nach auch in den regierenden Kreisen stark beeindruckt. Der österreichisch-ungarische Ministerpräsident behandelte die so kompakt in den Raum gestellten tschechischen Forderungen im Reichsrat mit besonderem Nachdruck und der sächsische Gesandte, der davon berichtete, gab eine wörtliche Abschrift dieser tschechischen Mahnschrift nach Dresden weiter. Im Begleittext dazu nahm sich Nostitz die „böhmische Frage“ noch in einer persönlichen Stellungnahme vor, wobei er u. a. schrieb: „Bei tieferem Eindringen in das Problem muß man sich eingestehen, daß im Zusammenhang der Jahrhunderte gesehen Recht und Unrecht, Wert und Unwert sich in schwer entwirrbarem Ineinandergreifen auf beide Parteien verteilen und daß Österreich auch in diesem Falle eben dort gestraft wird, wo es, von der unerhört brutalen Vergewaltigung sowohl der ritterlichen wie der völkischen Kultur des tschechischen

Böhmens im ersten Drittel des 17. Jahrhunderts angefangen, schwer gesündigt hat.“ (Ber. 26. 1. 18) — In einem Bericht vom 6. Februar hört man dann noch, daß die tschechischen Arbeiter vorgehabt hätten, der ‚Prager Resolution‘ mit einem gut vorbereiteten Massenstreik nachzuhelfen, sie aber davon Abstand genommen hätten, weil bekannt wurde, daß Truppen aus dem Deutschen Reich zum Einmarsch in Böhmen bereitgestellt worden seien.

Ende April wurde die böhmische Frage wieder erörtert (Ber. 29. 4. 18). Da stellt der Verfasser, inzwischen von den heraufdämmernden Ahnungen um das Schicksal der Donaumonarchie schon stärker erfüllt, längere Betrachtungen über mögliche Veränderungen der politischen Landkarte im südöstlichen Mitteleuropa an. Nach einigen Darlegungen zur Geschichte des österreichisch-bayerischen Verhältnisses wird da gesagt, daß im Falle einer völligen Auflösung des österreichisch-ungarischen Reichsverbandes mit einer „Angliederung von Tirol, Vorarlberg und Salzburg an Bayern zu rechnen wäre — es sei denn, daß aus den deutsch-österreichischen Kronländern ein eigener Bundesstaat entsteht“. Hinsichtlich Deutschböhmens heißt es, daß sich da Aussichten für eine Angliederung an Sachsen eröffneten, die man rechtzeitig ins Auge fassen müsse, „so vermessen es auch wäre, lediglich um ihretwillen den Zerfall Österreichs herbeizuwünschen“; bedenklich seien hier allerdings die Konfessionsunterschiede zwischen Sachsen und Deutschböhmen und außerdem wäre ja auch „eine preußisch-böhmische Kombination diskutabel ...“. In Böhmen sei über diese tatsächlich bereits diskutiert worden. „Die preußisch-böhmische würde unter Umständen auch die Mitangliederung der Tschechen gestatten, die für die sächsisch-böhmische selbstverständlich ausgeschlossen wäre.“ Am Ende dieser zugleich für die Denkweise eines kgl.-sächsischen Diplomaten im Frühjahr 1918 aufschlußreichen Aufzeichnungen wird dann noch betont, man wolle von der Gesandtschaft her darauf bedacht sein, „die von Natur nicht allzu engen Beziehungen zwischen Sachsen und Deutschböhmen nach Möglichkeit künstlich zu verstärken“. Die Gesandtschaft wolle sich dabei besonders der wirtschaftlichen Gesichtspunkte annehmen, im übrigen aber doch zurückhaltend auftreten und sich „im wesentlichen auf Beobachtung und auf Anbahnung guter Beziehungen zu einflußreichen Böhmen beschränken“.

In den Frühlings- und Sommermonaten des Jahres 1918, in denen bekanntlich die allgemeine Aufmerksamkeit auf die zu letzten Entscheidungen drängende Lage an den Fronten gerichtet war, ist auch in unseren Berichten nicht viel bzw. nichts wesentlich Neues zu dem uns hier interessierenden Beobachtungsfeld zu bemerken. Erwähnenswert ist vielleicht, daß, wenn von Ernährungsnöten in den deutsch-böhmischen Grenzgebieten gesprochen wird, auch die „passive Resistenz der tschechischen Agrarier“ als Ursache für die „äußerst schlimme Notlage“ genannt wird, auch ist von „bedenklichen Unruhen nahe der sächsischen Grenze“ die Rede; die geplanten Hilfsaktionen für die Deutschböhmen in Form von Kartoffellieferungen aus Sachsen müßten nun endlich realisiert werden, sonst drohe die an sich treu zum österreichisch-deutschen Bündnis haltende Bevölkerung Deutschböhmens „einer verzweifelten Agitation für den Frieden um jeden Preis anheimzufallen“. In diesem Zusammenhang erfährt man noch, daß erwogen werde, Deutschböhmen administrativ dem reichsdeutschen Wirtschaftsgebiet anzuschließen (Ber. 23. 4. 18).

Bei solchen Erwägungen sowie zum Verständnis der im Sommer 1918 stark umgehenden Agitation gegen den Fortbestand des österreichisch-deutschen Kriegsbundes muß man beachten, daß dieses Bündnis neuerdings durch die Enthüllungen der sog. Sixtus-Affäre, in die der österreichische Kaiser und sein Außenminister verstrickt waren, schwer belastet war. Die Stimmung gegen die kriegsverlängernden Zielsetzungen der führenden reichsdeutschen Militärs schwoll in dieser Zeit in ganz Österreich bedenklich an, nur mühsam konnte Kaiser Karl von Berlin aus zum weiteren Mitgehen auf der bisherigen Linie bewogen werden.

Aber wie diese Dinge auch standen, das Ende rückte ohnehin näher. Mit den im August an der deutschen Westfront, besonders aber mit den seit September an den österreichischen Fronten einsetzenden Rückwärtsbewegungen schlug die Stunde für die großen Erhebungen im Inneren der Donaumonarchie.

Auch die Inhalte unserer Berichtserie wurden nun zunehmend von dieser Seite her bestimmt. Dabei herrschte in der Gesandtschaft selbst von Oktober an bis über den November hinaus Hochbetrieb, die Zahl der abgehenden Berichte verdichtete sich zum Doppelten, ja zeitweise noch mehr. Inhaltlich bemühte man sich, alle Teilregionen des nun zusammenbrechenden Reiches in die Mitteilungen einzu beziehen, doch schob sich seit Ende Oktober der ganzen Entwicklung gemäß und den von Böhmen her direkt berührten sächsischen Interessen zufolge das Thema ‚Tschechische Emanzipation und Deutschböhmisches Frage‘ dominierend in das Zentrum der ganzen Berichterstattung. Beobachten wir im nun folgenden Teil, wie das sich überstürzende Geschehen sich in dem uns vorliegenden Aktenmaterial spiegelt.

Ein Bericht vom 2. Oktober, im Telegrammstil abgefaßt, gibt noch einen vielseitigen Rundblick über die jäh aufgetürmten Fragen, wie sie durch den Zusammenbruch der Südfront entstanden waren, verweilt länger bei den südslawisch-ungarischen Problemen, kurz bei Polen und fährt dann fort: „Tschechen verhalten sich jetzt relativ ruhig, weil sie sich des Endsieges sicher wähnen. Angeblich viel Gewehre und Munition, die von den Deutschen gegen Lebensmittel eingetauscht, in tschechischen Händen. In Frankreich geprägte Goldmünzen, mit Radschin-Ansicht und tschechischer Anschrift (Aufschrift?), sollen in Böhmen schon umlaufen. Auch wird Bestehen geheimer radiotelegraphischer Verbindung zwischen Prag und Frankreich (!) behauptet. — Andererseits wächst in den deutsch-österreichischen Gebieten die Irredenta: in Salzburg, Tirol, Umgegend von Eger und sogar in Oberösterreich zugunsten Bayerns, in Nordböhmen (außer um Eger) zugunsten Sachsens.“ Abschließend wird der sächsischen Regierung empfohlen, unauffällig zu beobachten, jede Initiative von reichsdeutscher Seite her sei zu vermeiden.

Die Meldungen nach Dresden wurden am 3. Oktober fortgesetzt: Zum Unterschied von der relativen Ruhe in den tschechischen Gebieten benähmen sich die tschechischen Abgeordneten im Reichsrat in Wien genau umgekehrt. „Die gestrige Rede des Abgeordneten Stanek überstieg an wilder Leidenschaft alles Maß und bedeutete die offene Kriegserklärung an den österreichischen Staat.“

3 Tage danach ist berichtweise davon die Rede, daß nach den letzten tschechischen und polnischen Erklärungen im Reichsrat nun auch die Deutschösterreicher daran gingen, sich auf ihre Nationalinteressen einzustellen und ein eigenes deutsches Parlament aufzubauen, gleichzeitig erwäge man von da aus offener denn je

den Anschluß an Deutschland, Nordböhmen solle dabei zu Sachsen kommen. Vom Tschechenführer Stanek hört man dabei Sonderbares: er habe gesagt, die Deutschböhmern sollten sich doch an Deutschland anschließen, sie gehörten nun einmal nicht zu ihnen (nämlich den Tschechen). Nostitz bemerkt dazu, er sei sich mit dem deutschen Botschafter in Wien einig, daß es „unrichtig wäre, gegenüber einer starken Anschlußbewegung in Nordböhmen die grundsätzlich ablehnende Stellung aufrecht zu erhalten, die seit Bismarck für unsere Politik traditionell gewesen ist“.

Am 7. Oktober wird weiter berichtet, daß die Tschechenführer „für morgen eine Kundgebung gewaltigen Umfangs vorbereiten ... man befürchtet, wenn auch nicht den Ausbruch einer blutigen Revolution, so doch die förmliche Absage des tschechischen Volkes an den österreichischen Staat“. Gleichzeitig ist zu vernehmen, daß sich ein „Deutscher Volksrat für Österreich“ gebildet hat, und tags darauf, daß der deutschböhmische Reichsratsabgeordnete von Langenhahn den sächsischen Gesandten gebeten hat, dem Aufruf dieses Volksrates in der sächsischen Presse zum Abdruck zu verhelfen. Im übrigen ist davon die Rede, daß nach Meinungen im regierenden Kaiser-Haus Deutschböhmen künftig einem „selbständigen deutschen Staat“ zugehören soll, an dessen Spitze weiterhin die habsburgische Dynastie stehen würde. Doch bezweifelt Nostitz, daß nach der geographischen Lage eine solche staatsterritoriale Verbindung Deutschböhmen-Deutschösterreich zustande kommen kann. Der Gedanke, Nordböhmen mit Sachsen zu vereinigen, stünde „jedenfalls stark im Vordergrund“.

Im Anschluß an eine Sitzung des genannten Deutschen Volksrates wird dann am 10. Oktober die Frage behandelt, wie sich Deutschland bzw. Sachsen verhalten solle, wenn die Tschechen Deutschböhmen besetzen würden. Die Meinungen darüber gehen auseinander, Nostitz bezweifelt, daß es überhaupt zu solch einer Aktion der Tschechen kommen werde. Eine ausführliche Aufzeichnung von den Beratungen im Deutschen Volksrat ist dem Bericht nach Dresden beigelegt.

Einen Tag später erfährt man, daß der Nostitz-Stellvertreter, Legationsrat Benndorf, mit dem Bevollmächtigten des deutschen Generalstabs in Baden bei Wien verhandelte, um deutsche Gegenmaßnahmen für den Fall eines tschechischen Einrückens in Deutschböhmen vorzubereiten. Nostitz selbst aber drängt darauf, daß grenzüberschreitende Maßnahmen noch nicht in Frage kommen sollen. „Mit dem ‚Einmarschieren‘ sind die Herren Militärs etwas leicht bei der Hand“, sagt er dazu. Solche Schritte würden die Friedensverhandlungen stören und „unser künftiges Verhältnis zu dem tschechischen Nachbarstaat vergiften“. Des weiteren wird von einer nun wohl zu erwartenden Aufteilung Deutschböhmens zwischen Preußen, Sachsen und Bayern gesprochen. Doch zeichnen sich da noch keine klaren Vorstellungen ab.

Diesen Eindruck hinterläßt auch der Gedankenaustausch zwischen dem deutschen Botschafter und dem sächsischen Gesandten, von dem am 13. Oktober berichtet wird. Man müsse sich erst einmal über die soziale Struktur und über die Stärke der politischen Parteien in den in Frage kommenden Gebieten besser informieren, meint hierbei von Nostitz. Selbst das Generalkonsulat in Prag sei da „ganz ungenügend orientiert“. Sicher wisse er nur, daß „in Nordböhmen die Sozialdemokratie großen Einfluß besitzt“, worüber Bescheid zu wissen im Falle

einer Volksabstimmung sehr wichtig wäre. Im übrigen spielten allgemein die wirtschaftlichen Fragen eine maßgebende Rolle, weshalb die deutschböhmisches Führer sich mit derlei Fragen auch ausdrücklich beschäftigten. Zu der katastrophalen Ernährungslage hier wie in anderen österreichischen Ländern folgt am 21. Oktober noch ein besonderer Bericht.

Mit dem nächstfolgenden der hier interessierenden Berichte, dem vom 24. Oktober, übernahm der Nostitz-Stellvertreter Benndorf die Abfassung der Berichte, da Nostitz selbst nach Dresden gerufen worden war.

In diesem Bericht ist zunächst die Rede von der am 23. Oktober im Beisein von Benndorf erfolgten Notifizierung der Errichtung eines deutsch-österreichischen Staates in der Deutschen Botschaft in Wien, wo eine österreichische Delegation unter Führung des sozialdemokratischen Abgeordneten Seitz erschienen sei, der den Deutschen Botschafter, Grafen Wedel, gebeten habe, diese Notifizierung nach Berlin zu melden. Der Botschafter habe versprochen, dies zu tun, und habe darüber hinaus versichert, die Deutschösterreicher seien „dem Deutschen Reich herzlich willkommen, falls sie später den Anschluß ans Reich wünschen sollten“. Doch sei man sich, so berichtet B. weiter, darin einig gewesen, daß über diese ‚Anschlußfrage‘ nach außen hin geschwiegen werden solle (in Klammer steht hier ‚Entente‘), der Botschafter habe dann noch den Rat gegeben, den „neuen Staat soweit auszugestalten als das kaiserliche Manifest es zulasse“. (In dem gen. Manifest Kaiser Karls vom 16. Oktober ging es bekanntlich darum, zu verkünden, daß Österreich künftig ein aus neuen Nationalstaaten als weitgehend autonomen Gliedern zusammengesetzter Bundesstaat mit monarchischer Spitze sein sollte.)

Aus dem Vielerlei, was unser Berichterstatter an diesem 24. Oktober weiterhin nach Dresden meldete, sei hier erwähnt, daß Ungarn nun bereit wäre, die Slowakei den Tschechen zu überlassen. Es sei nicht ausgeschlossen, daß sich die Tschechen daraufhin geneigt zeigen würden, auf Deutschböhmen zu verzichten, ausgenommen die Kohlegebiete, die sie unter allen Umständen beanspruchten. Und zur deutschböhmisches Situation im besonderen heißt es: „Die deutsch-böhmischen Abgeordneten haben am 23. 10. ‚die Konstituierung und Organisation Deutsch-Böhmens als Landesversammlung‘ beschlossen und einen Ausschuß zur schleunigen Durchführung des Beschlusses eingesetzt.“ Eine baldige Separation Deutschböhmens sei damit, so Benndorf, wohl kaum beabsichtigt; die betreffenden Abgeordneten hätten erklärt, Deutschböhmen wolle sich zunächst in jeder Beziehung an die deutsch-österreichische Nationalversammlung halten und die besonderen Abtrennungsmöglichkeiten vorderhand zurückstellen.

Weiter erfährt man in diesem Benndorf-Bericht, daß „die Stimmung in deutschen Kreisen seit der Konstituierung der Nationalversammlung anscheinend besser geworden“ sei; die Frage der Übertragung der Verwaltung durch die K. K. Regierung „an die Völker“ werde überall diskutiert. Das Ernährungsproblem hoffe man zunächst mit Hilfe des Deutschen Reiches, weiterhin aber besonders durch bald zu knüpfende Kontakte mit dem neuen tschechischen Staat meistern zu können; diesbezüglich habe der Bürgermeister von Wien durch Vermittlung des tschechischen Abgeordneten Tusar bereits aussichtsvolle Verhandlungen mit der tschechischen Nationalversammlung aufgenommen.

In den letzten Oktobertagen zeigt sich dann nach allen Seiten die kuriose Situation, daß sich sowohl in der österreichischen Hälfte des alten Habsburger Reiches wie auf dessen ungarischer Seite neue nationalstaatlich bedingte Volksvertretungen herausbilden, während die alte kaiserliche Zentralregierung in Wien, so als ob nichts Besonderes geschehe, ruhig weiter amtiert, ja sich sogar einen neuen Ministerpräsidenten leistet (Lammasch).

Von diesen Zuständen hört man im Bericht vom 29. Oktober, in dem außerdem von der Lage in Ungarn die Rede ist, wo verzweifelte Anstrengungen gemacht würden, einen ungarisch-manipulierten Föderativstaat mit „selbständigen“ Gliedstaaten slowakischer, südslawischer, rumänischer und ruthenischer Nationalität auf die Beine zu stellen. Die tatsächliche Entwicklung gehe indessen bereits andere Wege, nämlich prinzipiell weg von jeder Art österreichischem oder ungarischem Föderativstaat.

Von Böhmen insbesondere heißt es: „Die Tschechen nehmen in Prag die Regierungsgewalt an sich und verhandeln in der Schweiz über die Frage, ob Deutsch-Böhmen zum tschechischen Staat gehören soll oder nicht (wobei die starke Masaryksche Richtung die Ansicht vertritt, die Tschechen sollten auf Deutsch-Böhmen verzichten!).“ Die Unentschiedenheit in der deutschböhmischen Frage tritt auch im folgenden Bericht (30. Okt.) deutlich hervor, wo es u. a. heißt, diese Frage zu entscheiden sei nach Ansicht der tschechischen Regierung Sache der Friedenskonferenz. Und gleichsam sich entschuldigend sei von den Tschechen zu gewissen tschechischen Eingriffen auf deutschböhmischen Eisenbahnstrecken gesagt worden, solche provisorische Verwaltungsmaßnahmen seien rein technisch bedingt und hätten keine politische Bedeutung. Der tschechische Staat wünsche freundschaftliche Beziehungen zu Deutschland und insbesondere zu Sachsen. Ganz in diesem Sinne werde sich der tschechische Abgeordnete Tusar „morgen bei den hiesigen deutschen Missionen in seiner Eigenschaft als Vertreter des tschechischen Staates vorstellen und mit ihnen amtliche Verbindung aufnehmen“.

Tags darauf bringt ein weiterer Bericht Näheres zur Lage in Wien bzw. in dem nun deutlich sich abzeichnenden neuen deutschösterreichischen Staat, der vor allem auch betont von Ungarn abrückt, eine Note mit der Bitte um Waffenruhe an allen Fronten an den amerikanischen Präsidenten sendet und zugleich um dessen „Anerkennung der deutschen Gebiete in Böhmen, Mähren und Schlesien“ bittet, welche künftig „Teile des deutschösterreichischen Staates“ sein sollen. Der Berichtautor (Benndorf) nennt dann den 29. Oktober als Tag der „Konstituierung Deutschböhmens“ und fügt, wie zu anderen wichtigen Punkten des Berichts, Teile von Wiener Zeitungen bei.

Die um Böhmen schwebenden Fragen tauchen dann im Bericht vom 8. November wieder auf, mit dem der Nostitz-Nachfolger Benndorf ausführlich über einen Besuch berichtete, den er dem neuen Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten in Wien, Victor Adler, tags zuvor abgestattet hatte. Nach einleitenden Komplimenten hin und her sei man zuerst und vor allem auf die Lage in Böhmen zu sprechen gekommen. Von Zeitungsmeldungen und Privatinformationen ausgehend, brachte Benndorf vor, daß „neuerdings auch Mittelstandskreise in Deutschböhmen zum Anschluß an den tschechisch-slowakischen Staat neigten“. Adler habe

darauf erwidert, „der überwiegende Teil des Mittelstandes nehme ebenso wie die gesamte Arbeiterschaft Deutschböhmens unbedingt gegen die Vereinigung Deutschböhmens mit dem tschechischen Staat Stellung. Wenn jetzt Teile des Mittelstandes eine andere Auffassung bekundeten, so sei dies wohl auf Lebensmittellieferungen und Versprechungen der Tschechen zurückzuführen“. Die Stimmungsmache für die Tschechen und entsprechende Zeitungsmeldungen in Wien stammten, so habe Adler weiter ausgeführt, offenbar von Tschechen oder „solchen Deutschböhmen, die ein Interesse an jener Verbindung hätten“. Und Benndorf bemerkte dazu: „Unter diesen Deutschböhmen dürfte Adler die Industriellen verstanden haben, die ja vielfach — worauf ich schon in einem früheren Bericht hingewiesen habe —, über ihre politische Stellungnahme offensichtlich nur ihre wirtschaftlichen Privatinteressen entscheiden lassen und daher den Anschluß Deutschböhmens an den tschechischen Staat wünschen.“ Des weiteren habe er, Benndorf, dem österreichischen Staatssekretär von dem bisher konfliktfreien sächsisch-tschechischen Verhältnis berichtet, das, so habe Adler erwidert, natürlich getrübt werden müsse, wenn es etwa zu einem sächsischen Einmarsch in Böhmen kommen sollte. Im Anschluß an den Bericht von diesem Gesprächsteil bemerkt Benndorf, Grund zur Beunruhigung komme da eher von dem neuesten Verhalten der Tschechen, die „deutsch-österreichisches Gebiet in den Sudetenländern verletzt hätten“, was einen scharfen Protest Adlers bei dem tschechischen Bevollmächtigten in Wien hervorgerufen habe. Im übrigen habe sich Adler ihm, Benndorf, gegenüber dahingehend geäußert, daß der nationalstaatliche Differenzierungsprozeß im vollen Gange sei und er, Adler, die spätere Errichtung eines die neuen Gebilde zusammenfassenden Föderativstaates für sehr unwahrscheinlich halte! Adlers Wunsch sei jedenfalls der Anschluß Deutsch-Österreichs als einer Republik an das Deutsche Reich.

In eben diesen Tagen, als diese Berichte nach Dresden abgingen, spitzte sich die deutschböhmische Frage entscheidend zu. Die Tschechen schickten sich an, bewaffnet in die überwiegend oder ganz deutsch besiedelten Teile Nordböhmens und des Sudetenlandes einzudringen. Das Problem, durch eilige Aufstellung einer deutschböhmischen Volkswehr dem entgegenzuwirken, trat jetzt ins Zentrum der diplomatischen Erwägungen. Dies zeigt auch Benndorfs Bericht vom 10. November; wörtlich heißt es da:

„Die deutschösterreichische Regierung hat sich durch Unterstaatssekretär Bauer (Außeres) an Botschafter Wedel und an mich gewandt mit der Bitte, Deutschböhmen von Sachsen aus, wenn irgend möglich sofort, mit Waffen und Munition zu versorgen. Die nach Deutschböhmen zurückgekehrten deutschösterreichischen Soldaten sind von den Tschechen auf der Durchreise entwaffnet worden. Die in Nordböhmen zu bildende Volkswehr verfügt nur über ganz geringe Waffen- und Munitionsmengen. Die umgehende Bildung einer starken, gut bewaffneten Volkswehr erscheint der deutschösterreichischen Regierung unbedingt nötig, weil die Tschechen angesichts einer solchen Volkswehr vielleicht davor zurückschrecken würden, Nordböhmen zu besetzen. Für den Fall gewaltsamen Vorgehens der Tschechen wäre hinreichende Bewaffnung der Volkswehr erst recht nötig. Einmarsch sächsischer Truppen würde nur im alleräußersten Notfall erwünscht sein (vgl. Bericht Nr. 507).

Ob die Tschechen Nordböhmen zu besetzen beabsichtigen, ist nicht sicher. Zutreffendenfalls wird der Versuch der Besetzung wahrscheinlich nicht schon in den allernächsten Tagen erfolgen; da aber die Möglichkeit dazu immerhin gegeben ist, wünscht die deutschösterreichische Regierung dringend möglichst sofortige Unterstützung Deutschböhmens durch sächsische Waffen- und Munitionslieferung. Stellvertreter des Landeshauptmanns von Nordböhmen Seliger ist informiert.

Der Botschafter Graf Wedel hat mich um sofortige Übermittlung dieses Wunsches gebeten.“

Der Bericht schließt mit dem Bemerkten, daß der Vertreter des deutschen Generalstabs in Wien, General von Cramon, die Oberste Heeresleitung verständigt und vorgeschlagen habe, eine gewisse Menge Waffen und Munition an bestimmte Orte in Deutschböhmen zu bringen. Insgesamt seien 12 Geschütze mit zusammen 12 000 Schuß und 3 000 Gewehre mit eineinhalb Millionen Patronen, dazu gegen 30 Maschinengewehre mit rund 300 000 Schuß in Vorschlag gekommen. — Aber nicht nur das Problem der von Deutschland bzw. Sachsen her zu bewirkenden militärischen Stärkung Deutschböhmens, sondern auch die Sorge um Sicherstellung dort befindlicher österreichischer Staatsgelder im Falle der tschechischen Besetzung Deutschböhmens beschäftigte in diesen Tagen den Leiter der sächsischen Gesandtschaft in Wien. Wiederum wandte sich die deutschösterreichische Regierung an den Sachsen, bei seiner Regierung auch in dieser Hinsicht Hilfe zu erbitten und die Übernahme der Geldsummen im Sinne treuhänderischer Verwahrung zu ermöglichen (Vgl. Ber. Nr. 509 vom 10. Nov.). Und schließlich drängte, wie ein Bericht vom 13. November zeigt, wiederum die deutschösterreichische Regierung, von Sachsen bzw. Deutschland aus die untragbar gewordenen Ernährungsnöte im deutschböhmischen Bereich zu lindern. Es bestünde sonst, so gab Benndorf die Warnungen des österreichischen Unterstaatssekretärs Bauer wörtlich nach Dresden weiter, „höchste Gefahr, daß der Hunger auch die dem Deutschtum an sich durchaus treuen großen Massen der Bevölkerung in die Arme der Tschechen treiben werde“.

Wie nachdrücklich der Vertreter der sächsischen Regierung in diesen problemüberlasteten Tagen sich auch für die deutschösterreichischen bzw. deutschböhmischen Hilfesuche einsetzte und nichts unterließ, die Dresdner Regierung auf die Dringlichkeiten der Lage hinzuweisen, so wenig Wirkung zeitigten doch seine wiederholten Bemühungen. Weder zu dem Ansuchen um waffenmäßige Unterstützung zur Errichtung einer Volkswehr in Deutschböhmen, noch zu der Frage der Sicherung dort liegender österreichischer Staatsgelder, noch zu dem überaus dringenden ernährungswirtschaftlichen Hilferuf erhielt Benndorf eine offizielle Antwort aus Sachsen. Auch eine nochmalige telefonische Nachfrage am 15. November fruchtete nichts. In jenen extrem kritischen Tagen, die seit dem 9. November überall in Deutschland die Lage bestimmten, schienen die Warnungen und Hilferufe aus Wien unbeachtet zu verhallen.

Man hat den Eindruck, daß der Gesandtschaftsleiter daraufhin nun seinerseits in der bis dahin so auffallenden Emsigkeit seiner Berichterstattung um einiges nachließ. Abgesehen von einigen kürzeren Ausführungen zum Stand der Dinge in der Frage des sofortigen Anschlusses des neuen Deutschösterreich an Deutschland,

wobei von starken Widerständen seitens der „hiesigen Anhänger des Föderalismus (Lammasch, Redlich, Klerikale und Mitglieder der ehemaligen K. u. K. Regierung)“ die Rede war, und abgesehen von einigen kurzen Bemerkungen zur Lage in Prag, wo bei den Tschechen die Neigung zu einer republikanischen Form ihres neuen Staatswesens im Wachsen sei, hören wir in unseren Berichten bis Anfang Dezember nichts mehr von den vorher so eindringlich dargelegten Zuständen in Deutschböhmen.

Dann aber, mit Bericht vom 2. Dezember, wird dieses Hauptthema wieder aufgenommen. Zunächst teilt Benndorf hier mit, er habe vom deutschösterreichischen Staatssekretär für Äußeres Bauer, dem Nachfolger des inzwischen verstorbenen Victor Adler, gehört, daß die sächsische Regierung die vor Wochen dorthin gerichteten Hilfesuche für Deutschböhmen bzw. Deutschösterreich abgelehnt habe. „Aus Äußerungen des Staatssekretärs und einiger anderer Personen“, so Benndorf wörtlich, „habe ich schließen müssen, daß die ablehnende Haltung Sachsens bei der hiesigen Regierung überrascht und in eingeweihten Kreisen Deutschböhmens befremdet hat . . .“. Im übrigen habe Staatssekretär Bauer gemeint, in Sachsen wie überhaupt in Deutschland verkenne man wohl die hiesigen Verhältnisse, die allerdings überaus kompliziert und von Außenstehenden kaum richtig zu überblicken seien. Er, Benndorf, habe darauf nichts Bestimmtes antworten können, da er über die Stellungnahme der sächsischen Regierung ja keinerlei Informationen erhalten habe.

Im hieran anschließenden Berichtsteil gibt dann der Gesandtschaftsleiter eine Schilderung der Lage in und um Böhmen, die wegen ihrer dokumentarischen Deutlichkeit wörtlich festgehalten zu werden verdient.

„Entgegen der Beteuerung der tschechischen Regierung“, so heißt es da, „daß eine militärische Besetzung Deutschböhmens nicht geplant sei, sind an verschiedenen Punkten des deutschen Siedlungsgebiets tschechische Truppen einmarschiert, haben sich der Ämter bemächtigt, Requisitionen vorgenommen, deutschösterreichisches Eigentum beschlagnahmt, angesehene Bürger als Geißeln fortgeführt und jedweden Widerspruch mit groben Gewaltmitteln unterdrückt.

Die Befürchtungen der deutschösterreichischen Regierung haben sich also als richtig erwiesen. Die Tschechen werden nun wahrscheinlich die Bevölkerung der besetzten Gebiete durch Lebensmittellieferung und Versprechungen geneigt zu machen versuchen, sich mit der Tatsache tschechischer Herrschaft abzufinden, — was ihnen möglicherweise umso eher gelingen wird, als sie der Unterstützung einer immerhin beachtlichen Anzahl deutschböhmischer Industrieller sicher sind, die ja von vornherein für den Anschluß Deutschböhmens an den tschechischen Staat offen oder insgeheim eingetreten sind.

Daß ein Beschluß der Friedenskonzferenz die Tschechen nötigen wird, die einmal besetzten Gebiete wieder zu räumen, ist doch wohl unwahrscheinlich. Die Tatsache, daß die Tschechen deutsche Gebiete ohne jeden Widerstand oder nur gegen schwache Abwehr besetzen und in Verwaltung nehmen konnten, wird man vielleicht als Beweis dafür vorbringen, daß nur eine Minderheit deutsch-nationaler Chauvinisten der Ausübung des historisch begründeten tschechischen Rechts auf Herrschaft über das ganze Böhmen widerstrebe, — während doch in Wirklichkeit

entweder der Mangel irgendeiner militärischen Macht, die an Stelle der völlig aufgelösten deutschösterreichischen Teile der K. u. K. Armee getreten wäre, oder aber die ungenügende Bewaffnung der hier und dort in Bildung begriffenen deutschböhmisches Volkswehr die Ursache der raschen Kapitulation der fraglichen deutschböhmisches Gebiete gewesen ist. Bei aller Sympathie für den Aufbau des tschechischen Staates wird man schwerlich eine Politik billigen können, die mit brutaler Gewalt den Entscheidungen der Friedenskonferenz vorzugreifen versucht . . .“

Soweit Benndorf wörtlich. Des weiteren wird ausgeführt, daß nach erfolglosen Protesten der Wiener Regierung in Prag und angesichts der Tatsache, daß sogar einzelne führende Tschechen „diese Politik gewaltsamer Expansion bekämpfen“, nun verständlicherweise von Deutschösterreich aus eine starke Volkswehr für Deutschböhmen organisiert werden sollte.

In diesem Zusammenhang weist der Berichtautor aber erneut darauf hin, wie verkehrsgeschichtlich umständlich Waffentransporte aus Österreich nach Böhmen laufen müßten, nämlich auf Umwegen über Bayern - Sachsen - Schlesien, so daß sie eventuell ihr Ziel garnicht erreichen würden. Aus solchen Erwägungen appelliere die deutschösterreichische Regierung nochmals an Deutschland und zumal an die sächsische Regierung, Waffen und Munition für die deutschböhmisches Volkswehr zur Verfügung zu stellen. Es habe sich nach Ansicht der Wiener Regierung gezeigt, daß überall dort, wo eine stärkere Volkswehr bereits bestand, die Tschechen bisher nicht einmarschiert seien. Bloßer Waffenmangel der Deutschböhmen würde unter Umständen zur Folge haben, daß dichtbevölkerte deutsche Gebiete dauernd unter tschechische Herrschaft gelangten. — Am Schluß dieses langen und intensiven Berichtes vom 2. Dezember wird noch die Bitte der Wiener Regierung weitergegeben, die sächsische Regierung möge doch für die Flugstation in Reichenberg einiges Benzin abgeben, „da andernfalls die Aufrechterhaltung der einzigen schnellen Verbindung zwischen Wien und Nordböhmen ernstlich gefährdet sei“.

Doch wiederum zeigen die weiteren Berichte keine Spur davon, daß die aus Wien nach Dresden gegangenen Bitten und Gesuche in Form bestimmter Maßnahmen respektiert worden wären.

Vielmehr erfährt man daraus, daß das Zurückweichen vor dem tschechischen Vordringen unaufhaltsam weiterzugehen schien. So wird im Bericht vom 6. Dezember in detaillierter Form das Problem des Grenzübertritts des deutschösterreichischen Gendarmeriekorps aus Nordböhmen nach Sachsen behandelt und am 13. Dezember heißt es im Anschluß an eine breitere Schilderung der sich in und um Ungarn verändernden Gebietsverhältnisse, daß zum Unterschied von der schon längere Zeit vorauszusehenden Verkleinerung Ungarns die „radikale Amputation, die sich das deutsch-österreichische Gebiet gefallen lassen muß, einigermaßen überraschend“ käme. „Die Tschechen“, so heißt es hier weiter, „haben schon den größten Teil der vollkommen deutschen Gebiete Böhmens in ihre Gewalt gebracht und werden in kurzer Zeit ganz Nordböhmen besetzt haben. Die Planmäßigkeit und Energie ihres Vormarsches macht dabei durchaus den Eindruck des Einverständnisses der Entente.“ Aus einem Gespräch mit dem tschechischen Gesandten in Wien (Tusar) berichtet dann Benndorf, man sei sich tschechischerseits

über die definitive Grenzziehung in Nordböhmen noch nicht im klaren. Einerseits wolle man in Prag auf wirtschaftlich wichtige Punkte wie die Kohlegebiete, den Aussiger Hafen u. a. m. keinesfalls verzichten, andererseits liege es aber nicht im tschechischen Interesse, rein deutsches Gebiet, das wirtschaftlich weniger bedeutend sei, wie z. B. die Warnsdorfer, Egerer und Ascher Gegend, in den tschechischen Staat einzubeziehen. Das würde nur „Gefahren irredentistischer Umtriebe“ mit sich bringen. — Zur Lage Deutschösterreichs habe Tusar bemerkt, man werde sich dort den Anschluß an das Deutsche Reich wohl noch genau überlegen müssen. Das getreide- und kohlearme Deutschösterreich könne bei einer engeren Anlehnung an den neuen Tschechenstaat jedenfalls mehr gewinnen als von einer Verbindung mit den ungesicherten Verhältnissen in Deutschland. Wie ein Bericht vom 12. Dezember erkennen läßt, war man auf die Frage der bekanntlich bis 1635 zu Böhmen gehörenden Lausitz zu sprechen gekommen. Nach Tusars Worten sei die neue Prager Regierung an der sächsischen Lausitz aber nicht interessiert. Die dort sitzenden Wenden würden allenfalls zur Erreichung schulpolitischer Ziele bei der Friedenskonferenz von tschechischer Seite unterstützt werden.

Ebenfalls am 12. Dezember hatte Benndorf noch einmal die Kardinalfrage des neuen Deutschösterreich ausführlich beleuchtet, nämlich die Alternative ‚Anschluß an Deutschland‘ oder ‚Eintritt in ein neues donauländisches Föderativsystem‘. Dieser Föderalismus sei in letzter Zeit im Wachsen begriffen, man dächte dabei an ein Bundesverhältnis zwischen Wien und Prag, dem dann auch Budapest beitreten würde. In Prag beschäftige man sich auch mit dem größeren Plan eines mächtigen groß-slawischen Bundes von „Saloniki bis Danzig“ mit dem Kernbestand Groß-Serbien, Polen und Tschechoslowakei. Dem könnten sich Ungarn und Deutschösterreich vielleicht anschließen. Rumänien habe seinen Beitrittswunsch bereits angemeldet. Was die deutschösterreichischen Bestrebungen ‚Weg von Deutschland‘ betreffe, so käme deren sichtbare Stärkung vor allem aus der als „recht kühl empfundenen deutschen Behandlung der Frage der Vereinigung Deutschösterreichs mit dem Deutschen Reich und dessen *Teilnahmslosigkeit angesichts der Besetzung Deutschböhmens durch die Tschechen*“*. Neben klerikalen und monarchistischen Kreisen sei hauptsächlich der Reichsverband der deutschösterreichischen Industrie in der Meinungsbildung gegen den Anschluß an Deutschland aktiv. Einerseits fürchte man sich vor der Überlegenheit der deutschen Industrie, andererseits nehme man an, daß ein mit Deutschland verbundenes Österreich in die durch Kriegsentschädigungsverpflichtungen zu erwartenden deutschen Belastungen mit hineingezogen würde.

An dieser Stelle erinnern wir uns an das, was Benndorf von dem Verhalten vieler deutschböhmischer Industrieller gesagt hatte, nämlich, eher noch wollten sie zum neuen Tschechenstaat als zum künftigen Deutschen Reich gehören. Die Beweggründe waren nach Benndorf denen der deutsch-österreichischen Wirtschaftler also recht ähnlich.

Aus der übrigen Zeit des Monats Dezember liegen keine nennenswerten weiteren Ausführungen zu den böhmischen Fragen vor. Für das Jahr 1918 sind wir mit

* Hervorhebung durch den Bearbeiter.

unseren Untersuchungen daher am Ende angelangt. Doch sollen einige Bemerkungen zu 1919 die Betrachtungen insgesamt abschließen.

Im großen und ganzen wurden die sächsischen Gesandtschaftsberichte in gewohnter Weise bis Ende 1919 fortgeführt. Inhaltlich erstreckten sie sich nun wieder ausgewogener über das ganze Terrain, d. h. mit einiger Gleichmäßigkeit über alle Bereiche der sogenannten Nachfolgestaaten. Dennoch wird über ‚böhmische‘ Belange relativ wieder am meisten berichtet, allerdings steht dabei weit voran das, was zum Aufbau und Ausbau des neuen Tschechenstaates, hinsichtlich seiner Innen- und Außenpolitik, ebenso seiner Wirtschaft und Verwaltung, z. T. unter Darlegung breitester Einzelheiten, zu sagen war. Die *deutschböhmischen* Fragen erscheinen dabei mehr und mehr als kleiner Sonderkomplex, einmal im größeren tschechenstaatlichen, andermal im allgemein deutschösterreichischen Rahmen. Bis in den Sommer bemerkt man auch in den Berichten noch mancherlei von gewissen Hoffnungen auf bzw. Bemühungen um ein tschechen-freies Deutschböhmen. Indessen — mit dem Abschluß der Verhandlungen in St. Germain — ist diese Zeit der noch immer gehegten Hoffnungen auf staatliche Eigenständigkeit bzw. auf Zusammenschluß mit deutschen Nachbargebieten unabänderlich vorüber. Die ersten gesamttschechischen Gemeinderatswahlen im Juli sowie die schließlich auch formelle Auflösung der provisorischen deutschböhmischen Landesregierung — von beiden hören wir in unseren Berichten Näheres — bilden gewissermaßen die Marksteine für das definitive Einmünden der deutschböhmischen Geschichte in die Geschichte des neuen tschechischen Staates.